

## Gewaltfreie Revolution 3.0

Björn Kunter

**Wael Ghonim, einer der Organisatoren des ägyptischen Aufstands, bezeichnet diesen gerne als Revolution 2.0, da er ohne soziale Netzwerke im Internet nicht stattgefunden hätte. Doch es ist nicht nur das Internet. Mit den Aufständen im Maghreb wurden eine Reihe von Bedingungen aus den vorherigen zwei Wellen gewaltfreier Revolutionen der letzten 25 Jahren innovativ überwunden.**

Gewaltfreie Revolutionen hat es schon immer gegeben, doch erst mit den Umstürzen in Osteuropa 1989 wurden sie erstmals in der Weltöffentlichkeit und als bessere Alternative zum bis dahin vorherrschenden Konzept des Guerillakrieges wahrgenommen. Dass diese damals überwiegend gewaltfrei abliefen, lag einerseits daran, dass sich wichtige Akteure in den Kirchen organisierten und als spiritueller-politische Bewegung offen für die Ansätze Gandhis und Martin Luther Kings waren. Vor allem aber zwang die offensichtliche Unmöglichkeit der Gewaltoption im sowjetischen Einflussgebiet die Opposition, eigene gewaltfreie Wege zu gehen. Entsprechend dem pseudo-demokratischen und pseudo-rechtsstaatlichen Charakter der „realtotalitären Regime“ zielten die meisten Innovationen auf eine Mischung aus legaler Nichtzusammenarbeit und legaler Ausweitung der Freiräume für Dissidenten. Aus dem Ausland gab es damals neben der Übernahme „guter Dienste“, wie dem Schmuggel von Dokumenten, vor allem informationelle Hilfe durch Auslandssender. Materielle Hilfe wie die bundesrepublikanische Unterstützung der Kirchen in der DDR waren die absolute Ausnahme. Eine Demokratieförderung in größerem Maßstab setzte erst nach den Umstürzen ein und erfolgte weitestgehend konzeptlos.

Waren die gewaltfreien Revolutionen gegen die kommunistischen Regime paradoxerweise erfolgreich, weil die Opposition (nach der Erfahrung des Prager Frühlings) gerade keinen Umsturz angestrebt hatte, so versuchten lokale Oppositionsbewegungen und ausländische Unterstützer Anfang der 2000er Jahre gezielt Umstürze zu erreichen. Mit dem Sturz von Milosevic im Oktober 2000 entstand eine erstaunlich simple Blaupause für gewaltfreie Revolutionen,

die von oppositionellen Bewegungen weltweit kopiert wurde. Quasi überall entstanden Organisationen à la Otpor, die typischerweise alle noch „Es reicht“ in den jeweiligen Landessprachen hießen, ein Corporate Design (orange, Rosen, Faust...) benutzten und über provokative Aktionen die Aufmerksamkeit der Medien und der Bevölkerung erregten. Die klassische Opposition einigt sich dann auf einen Kandidaten und organisiert eine unabhängige Wahlbeobachtung, die den Wahlbetrug der Herrschenden offenlegt. Der empörte Volkswille äußert sich dann in Demonstrationen und der Besetzung des zentralen Hauptstadtplatzes, bis die Regierung zurücktritt.

Doch die Welle spektakulärer Erfolge in Georgien, Ukraine, Libanon und Kirgisien endete bald. Zum einen lernten die Regime schnell dazu und konnten die Mobilisierung angesichts der immer gleichen Struktur leicht durchkreuzen. Noch schwerwiegender war, dass in den meisten Ländern zentrale Bedingungen wie relativ freie Medien, stärkere Oppositionsparteien, vertrauenswürdige Meinungsumfragen etc. gar nicht existierten. Auch die Mittel ausländischer Geldgeber flossen sehr unterschiedlich. Die Förderung der Demokratie unterlag gerade während des Kriegs gegen den Terror den strategischen Interessen der USA. Die Regime in Ägypten, Usbekistan und Aserbaidschan konnten sich schon daher ganz sicher fühlen. Auch sonst haben sich die ausländischen Geber nicht gerade mit Ruhm bekleckert, da sie im Rausch des ukrainischen Sieges starken Druck auf ihre lokalen Partner ausübten, um das Erfolgsrezept ungeachtet aller lokalen Besonderheiten anzuwenden. Last but not least dadurch konnten viele Regime die anti-amerikanische Karte spielen und die Opposition als westliche Marionetten bloßstellen.



Ägyptische Demonstranten mit Flaggen und „Raus“-Schildern.



Der Tahrir-Platz in Kairo am 8.2.2011.



Demonstranten, Soldaten und gepanzerte Fahrzeuge in Kairo.

### Diesmal

Kongress *No Blame Approach*  
10 Jahre *Krieg gegen den Terror*  
Ausstellung *Nonviolent Peaceforce*  
Bundeswehr raus aus den Schulen  
Mitmachen beim BSV

# Liebe Leserin, lieber Leser,

## Fortsetzung von Seite 1

*Du, laß dich nicht verbittern  
in dieser bitteren Zeit.*

*Die Herrschenden erzittern  
- sitzt du erst hinter Gittern -  
doch nicht vor deinem Leid.*

Mit den Worten aus Biermanns Ermunterung sind wir in diesen Tagen bei all jenen, denen ihr gewaltfreier Widerstand auch und vor allem Leid und Verfolgung gebracht hat. Neben den zu Anfang März unzählbaren Todesopfern in Libyen denken wir insbesondere auch an die Niederschlagung der Protestbewegung im Iran 2009 und an die verfolgten Oppositionellen in Weißrussland/Belarus.

Von der brutalen Auflösung der Minsker Demonstrationen am 19. Dezember waren auch unsere Partner direkt betroffen. Eine Aktivistin musste im Krankenhaus operiert werden. Drei andere wurden festgenommen und für bis zu 15 Tage eingesperrt. Unter diesem Eindruck trafen wir uns direkt nach Neujahr mit unseren Partnern und überlegten gemeinsam, wie wir in dieser Situation die eigenen Aktiven, aber auch die Opposition im Ganzen besser schützen können. Wir sind der festen Überzeugung, dass dies nur die Bevölkerung von Belarus selbst machen kann und haben unter dem Namen „Schutzschirm Belarus“ dann eine Reihe von Ideen und Aktionen entwickelt, mit denen *Unser Haus* nun die Bevölkerung entsprechend mobilisieren und die Opfer der Repression unterstützen wird.

Aber auch in Deutschland gibt es noch jede Menge zu tun. Daher haben wir in dieser Ausgabe einen großen Schwerpunkt aufs Mitmachen gelegt. Beginnend mit unserer Jahrestagung am kommenden 18.-20. März gibt es zahlreiche Möglichkeiten uns zu treffen und mitzumachen. Auch Deutschland braucht eine starke Protestbewegung.

*... du brauchst uns und wir brauchen  
grad deine Heiterkeit.*

Ihr Björn Kunter

Oftmals wird und wurde diese zweite Welle gewaltfreier Revolutionen auch auf Gene Sharp und sein 1993 zur Unterstützung der Opposition in Myanmar geschriebenes Büchlein „Von der Demokratie zur Diktatur“ bzw. seine Liste von 198 Formen gewaltfreier Aktionen zurückgeführt. Tatsächlich beziehen sich die heutigen Akteure nur noch selten auf Gandhis „Kraft der Wahrheit“ (Satyagraha) und definieren Gewaltfreiheit nicht mehr ganzheitlich, sondern „strategisch“. In den letzten 10 bis 20 Jahren haben zudem Organisationen wie das „International Center on Nonviolent Conflict“ (ICNC) und das von Otpor-Aktivisten gegründete „Center for Applied Non-Violent Action and Strategies“ (CANVAS) die Verbreitung der Theorie und Erfahrungen der strategischen Gewaltfreiheit gefördert. Auch hier wird und wurde der Einfluss allerdings enorm überhöht dargestellt. Sharp und andere stellen kaum mehr als eine allgemeine Idee und einige Prinzipien vor. Alles andere müssen die Menschen vor Ort eigenständig entwickeln.

Auch in der jetzigen Debatte haben einige Medien wieder die Spuren von Sharp und CANVAS entdeckt: Wichtige Akteure der „Bewegung 6. April“, deren Logo die Otpor-Faust zeigt, waren bereits 2005 bei „Es reicht“ (Kefaja) aktiv. Doch tatsächlich ist die derzeitige dritte Welle gewaltfreier Revolutionen vor allem durch den zeitlichen Abstand zu erklären. Die Niederlagen von 2005 und 2008 halfen den gewaltfreien Akteuren ihre Netzwerke zu erweitern und zwangen sie zugleich zu einer Reihe lokaler Innovationen. Das betrifft einerseits die Nutzung des Internets und der sozialen Medien facebook, twitter und youtube als Instrument der Mobilisierung. Hier entstand, wie Hillary Clinton richtig bemerkte, ein neuer öffentlicher Raum, in dem Menschenrechte wie die Versammlungs- und Meinungsfreiheit und das Recht sich zu organisieren erfahren und ausgeübt werden können. Entsprechend ist nun zu erwarten, dass die Diktatoren der Welt ihrerseits versuchen, diesen virtuellen Raum genauso zu kontrollieren wie den öffentlichen Raum im Allgemeinen. Dass wikileaks und andere Onlineaktivisten dieser Welt den Regierenden bisher oft

eine Nasenlänge voraus waren, stimmt zuversichtlich, aber sicher ist das Internet schon lange nicht mehr. Niemand weiß dies besser als die Ägypter. Die facebook-Gruppe „Wir sind alle Khaled Said“ mit hunderttausenden Mitgliedern wurde gegründet, nachdem Said aus dem Internetcafe heraus von zwei Polizisten zu Tode geprügelt wurde.

Noch wichtiger als die Nutzung des Internets ist jedoch, dass es den Menschen in Tunesien und Ägypten gelungen ist, drei einschränkende Bedingungen der bisherigen Revolutionen zu widerlegen: Am auffälligsten war, dass die Aufstände (wie 1989) nicht vorausgeplant und an Wahltermine gebunden waren, sondern die Organisatoren stattdessen spontan auf dramatische Ereignisse reagierten. Zweitens war der Erfolg in Ägypten und Tunesien gerade deshalb möglich, weil die demokratische Opposition fast keine Hilfe vom Westen erhalten hatte, während die Regime mit Millionen gepöppelt wurden. Selbst die oben genannten „üblichen Verdächtigen“ spielten keine Rolle. Das ICNC zum Beispiel war 2007 das letzte Mal mit einem Training vor Ort gewesen. Nach Aussage von Stephen Zunes, der an diesem Training teilgenommen hatte, nahmen zudem die relevanten Gruppen prinzipiell keine amerikanischen Gelder an. Am wichtigsten ist jedoch, dass die Revolutionen faktisch außerhalb der etablierten Partei-Opposition begannen und keine Führung erkennbar war. Zukünftige Diktatoren werden sich nicht mehr darauf verlassen können, dass es schon ausreicht, die eigene Opposition kleinzuhalten.

Ein grundlegendes Problem der zweiten Welle gewaltfreier Revolutionen bleibt aller Voraussicht nach auch jetzt noch bestehen. Die erreichten Regimewechsel in der Ukraine, Georgien und Kirgisien brachten nicht die nachhaltigen politischen Verbesserungen, die für Gandhi vorrangig gewesen waren. Entscheidend wird nun sein, ob es den Menschen auch gelingt, ihre Revolution zu verteidigen und echte Demokratie zu entwickeln.

Dieser Artikel erschien mit allen Links auf der facebook-Seite des BSV, auf der auch weitere Notizen zur Rolle des Internets erschienen. Ich freue mich über Kommentare und Er widerungen.



# „No Blame Approach“

## Rückblick auf den zweiten bundesweiten Kongress

Heike Blum und Detlef Beck

**Bensberg. Kaum zu glauben, aber schon acht Wochen ist es her, dass der zweite bundesweite Kongress zum No Blame Approach stattgefunden hat. Der Bund für Soziale Verteidigung, fairaend und die Kooperationspartner Thomas-Morus-Akademie sowie Arbeitsgemeinschaft Kinder- und Jugendschutz NRW waren die OrganisatorInnen. Insgesamt kamen 150 TeilnehmerInnen.**

Spannende Vorträge verschiedener Referenten und zahlreiche Workshops gaben den TeilnehmerInnen Zeit und Raum, sich mit den zentralen Elementen des No Blame Approach auseinanderzusetzen. Grundlagenwissen zur Anwendung des Ansatzes zum Stopp von Mobbing unter SchülerInnen wurden neu Interessierten in Basis-Workshops vermittelt. Erfahrene AnwenderInnen konnten in Workshops Fragen aus konkreten Fällen aufgreifen und bearbeiten. In anderen Workshops wurden Hintergrund-Themen aufgegriffen: Wie gehe ich mit Provokationen im Gespräch mit der Unterstützungsgruppe um? Was kann getan werden, wenn Eltern in das Mobbing-Geschehen involviert sind? Weitere Workshops befassten sich mit Aspekten der systemischen Orientierung des No Blame Approach. Beleuchtet wurde, wie Lösungsfindung für Probleme unterstützt wird, wenn auf Stärken der Beteiligten aufgebaut wird, und welche Rolle persönliche Ressourcen von Beteiligten bei Heilungsprozessen spielen.

Die sogenannten „Zwischenrufe“ brachten die KongressteilnehmerInnen immer wieder im Plenum zusammen. Prof. Dr. Andreas Lob-Hüdepohl beschäftigte sich mit der Frage, ob es verantwortbar ist,

einen Täter nicht zu bestrafen und beantwortete die Frage mit einem eindeutigen Ja.

George Robinson, zusammen mit Barbara Maines Entwickler des No Blame Approach zu Beginn der 90er Jahre in England, beleuchtete die Grundhaltung und zentrale Überzeugungen des Ansatzes. Insbesondere war sein Hintergrund seine Erfahrung als ehemaliger Schulleiter, dass Strafen wenig effektiv darin waren, Verhaltensänderungen zu erreichen.

Dr. Burkhard Bläsi nahm in charakteristisch systemischer Weise Mobbing und Mobber aus einer völlig ungewohnten Perspektive in den Blick und ging der Frage nach: „Ist Mobbing gesund und welchen Nutzen hat Mobbing“. Durch diesen ungewöhnlichen Blickwinkel gelang es, wesentliche Merkmale und Dynamiken von Mobbing sehr klar zu erkennen. Aber nicht nur deswegen lohnt es sich, die Online-Dokumentation des Kongresses anzusehen. Sie gibt auch einen Eindruck von der Atmosphäre des Kongress wieder. Die Dokumentation wird im März auf den Website des No Blame Approach anzusehen sein: [www.no-blame-approach.de](http://www.no-blame-approach.de)



George Robinson



Burkhard Bläsi

Der Kongress wurde ein weiteres Mal vom Bundesministerium für Familie, Frauen, Senioren und Jugend gefördert – ohne diese Engagement wäre der Kongress nicht möglich gewesen. Herzlichen Dank.

Die weitere Arbeit mit dem No Blame Approach wird im Rahmen eines neuen Projektes der Kooperationspartner BSV und fairaend von Aktion Mensch gefördert. Zum einen können unter bestimmten Voraussetzungen Workshops für Schulen zum Training der Anwendung des No Blame Approach unterstützt werden, zum anderen soll die Vernetzung von Schulen, die den Ansatz anwenden, vorangebracht werden. fairaend (Heike Blum und Detlef Beck) arbeiten an der Umsetzung des Projektes. Über aktuelle Entwicklungen wird in nachfolgenden Rundbriefen informiert.



# Zehn Jahre „Krieg gegen den Terror“

## Krieg gegen Demokratie und Menschenrechte

Bernhard Nolz

Der Bund für Soziale Verteidigung hat für seine Jahrestagung 2011 das Motto „Den Kreuzzug durchkreuzen – 10 Jahre, Krieg gegen den Terror“ gewählt. Der Rückgriff auf den Begriff „Kreuzzug“ erscheint angemessen, da sowohl die Kreuzzüge des Mittelalters als auch die heutigen Kriege gegen islamische Staaten aus kapitalistischen und machtpolitischen Interessen heraus begonnen wurden.

Im Schatten des „Krieges gegen den Terror“ gab es nach dem 11. September 2001 außerhalb der diesen „Krieg“ führenden Staaten zwei scheinbar gegenläufige Entwicklungen. Einerseits konnte die kriegerische Gewalt in (Bürger-)Kriegen offen und ungehindert ausgebreitet werden, z.B. in Palästina, Somalia, Sri Lanka und Sudan. Andererseits kam es in arabischen Staaten, z.B. Ägypten und Tunesien, mit z.T. jahrzehntelangen Ausnahme- und Kriegszuständen zu gewaltfreien Volksaufständen, die mit den Forderungen nach Demokratie und Menschenrechten und ihrer friedlichen Durchsetzung verbunden sind.

Plötzlich offenbarte sich, dass die USA und die EU-Staaten sich den Rücken für den „Krieg gegen den Terror“ freigehalten hatten, indem sie in den betreffenden islamischen Staaten diktatorische Regime gestützt und als Garanten für die Verwirklichung ihrer Sicherheits- und Wirtschaftsinteressen funktionalisiert haben.

Aus diesen Interessenlagen heraus realisierten die Akteure des „Krieges gegen den Terror“ die Feldzüge gegen den Irak sowie gegen Afghanistan/Pakistan und ließen sich auch nicht durch verheerende Naturkatastrophen vom Kriegseinsatz abhalten. Als im Juli/August 2010 große Teile Pakistans überschwemmt wurden, wovon fast 20 Millionen Pakistaner betroffen waren, bombardierte die US-Armee erbarmungslos weiter und lenkte unbemannte Drohnen zum gezielten Töten in die Häuser angeblicher Taliban. Der „Krieg gegen den Terror“ kennt nur den Tod. Den menschlichen Sicherheitsbedürfnissen (Umweltsicherheit, Ernährungssicherheit, soziale/ökonomische Sicherheit, politische Sicherheit) macht er mit Waffengewalt und Rüstungsexporten den Garaus.

An der „Heimatfront“ wurden im Rahmen des „Krieges gegen den Terror“ die zivil-militärische Zusammenarbeit ausgebaut und der Einsatz der Bundeswehr im Inneren ausgedehnt. Beim G8-Gipfel und anderen Großereignissen wurden Bundeswehreinheiten im Inneren bereits erprobt. Die Trennung von Katastrophenschutz im Frieden und Zivilschutz im Krieg wurde aufgehoben und das Land mit einem Netz von Hunderten von zivil-militärischen Kreisverbindungsbüros überzogen, in denen die zivilen Mitarbeiter des Katastrophenschutzes mit Soldaten zusammenarbeiten müssen.

### Mit Gewaltfreiheit gegen den Terrorismus von oben und von unten

Der Friedensforscher Johan Galtung richtet unser Augenmerk auf die Gebäude-Symbolik. Dann interessiert, was am 11. September nicht angegriffen wurde. Angegriffen wurden weder ein Museum noch eine Kathedrale noch ein Parlament. Durch einen terroristischen Angriff zerstört wurden das World Trade Center und das Pentagon, Symbole des US-Kapitalismus und des US-Militarismus, und eben keine Symbole der Kultur, der Religion oder der Demokratie. Die dahinter stehenden politischen Botschaften der Attentäter lauten: Kampf dem Kapitalismus der USA! Kampf dem Militarismus der USA!

Auf den terroristischen Angriff reagierte die US-Regierung mit dem Gegenangriff des Terrorismus von oben. Staatsterrorismus ist eine militärische Taktik, die sich auf das Töten von Zivilisten konzentriert, um die Kapitulation der gegnerischen Regierung zu erzwingen. Der Terrorismus von unten richtet sich gegen Regierungen oder Staaten, doch seine Gewalt bleibt Selbstzweck.

Terrorismus, ob von oben oder unten, hat seine geistigen Grundlagen im Fundamentalismus und findet seine emotionale Quelle im Hass. So gesehen ist der „Krieg gegen den Terrorismus“ ein Kampf zwischen den harten christlichen und den harten islamischen Fundamentalisten. Dieser Fundamentalismus steht auf drei Säulen: 1) Die Welt ist zweigeteilt, es gibt keine Neutralen. 2) Wer nicht auf der Seite des Guten ist, ist auf der

Seite des Bösen. 3) Das Böse weicht nur der Gewalt.

In den 111 Jahren vor dem 11. September 2001 sind 134 kleine und große militärische Interventionen der USA dokumentiert. Gewalt ist auch nach dem 11. September die Standardreaktion der USA geblieben. Damit haben sie Hass auf sich gezogen. Hinzu kommt die strukturelle Gewalt des globalen Marktsystems, das von den USA und anderen in ausbeuterischer Weise beherrscht wird und sich als internationaler Klassenkampf gewaltsam entlädt. Denn während sich an den Spitzen der Gesellschaften des Nordens der Wohlstand unaufhörlich anhäuft, sterben im Süden täglich zehntausende Menschen an Unterernährung. Die Politik der Aufrechterhaltung dieser globalen Ungerechtigkeit spaltet die Völkergemeinschaft, verhindert die Gleichberechtigung aller Staaten und löst die daraus entstehenden Konflikte mit der Gewalt des Staatsterrorismus.

Die Abkehr von der Herrschaft des Rechts ist ein weiteres Kennzeichen des „Krieges gegen den Terror“. Umfrageergebnisse zeigen, dass die Menschen in den meisten Ländern dieses Unrecht ablehnen und ihren Regierungen beim „Krieg gegen den Terrorismus“ nicht mehr folgen wollen. Sie möchten in einem Rechtsstaat leben, der Terroristen polizeilich verfolgt, statt in fremden Ländern Menschen von Soldaten töten und ganze Landstriche verwüsten zu lassen. Ein wichtiger Schritt zur Abkehr von der Gewaltpolitik wäre getan, wenn die Regierenden die Fähigkeit zur Selbst-Reflexion entwickeln könnten. Dann könnte ein politischer Kurs eingeleitet werden, der direkte und strukturelle Gewalt mindert und Signale der Versöhnung sendet.

Solche Signale wären beispielsweise: Anerkennung Palästinas als Staat; Abzug des US-Militärs aus dem Nahen und Mittleren Osten; offene öffentliche Dialoge auf hoher Ebene mit dem Iran; globalisierungsfreie Zonen in Regionen, wo die Menschen nicht genug Geld für die Befriedigung der Grundbedürfnisse haben; ein „Marshall-Plan“ für die ärmsten Gebiete der Welt; Beginn einer Versöhnung. Die internationale Friedensbewegung darf nicht aufhören, solche

Kundgebung gegen  
den Krieg gegen  
den Terror.



Friedensprozesse von den Regierenden einzufordern und selbst damit zu beginnen. Dann könnte es möglich werden, eine neue starke Nord-Süd-Friedensbewegung aufzubauen.

### Ein alternatives gewaltfreies Szenario

Johan Galtung hat im Sinne Gandhis ein alternatives Szenario für gewaltfreie Handlungsmöglichkeiten am 11. September entwickelt:

„Eine Gandhi gemäße Aktion am 11. September wäre es gewesen, mit derselben Präzision und Synchronisation und im globalen Maßstab massive Demonstrationen um die Botschaften der USA, der übrigen westlichen Länder und Japans in aller Welt zu veranstalten. Sie würden von Tausenden gewaltfrei umringt, die die Tatsachen der globalen Ungerechtigkeit aufzeigen und zum Dialog einladen. Dabei ginge es nicht nur um die wirtschaftliche Ausbeutung, sondern alle Dimensionen des Klassenkonflikts: die politischen Monopole und die Manipulation in Palästina und Afghanistan, die militärische Gewalt im Irak und anderswo, die kulturelle Herrschaft durch die Medien und andere Mittel, die

Sakrilege in Arabien. Am selben Tag würde es einen massiven weltweiten Boykott der Waren und Produkte der übelsten, am wenigsten sozialen und ökonomisch schädlichsten globalen Unternehmen geben.“ (S. 142)

Außerdem – so Galtung – sollten konkrete Aktionen für eine solidarische Ökonomie durchgeführt und eine neue Dialogkultur zwischen oben und unten etabliert werden.

### Mediation und Mitgefühl überwinden den Terrorismus

Nach zehn Jahren des „Krieges gegen den Terror“ lohnt ein Blick zurück. Wie kam es zum Ende des Vietnam-Krieges und des Kalten Krieges? Erstens waren beide Kriege begonnen worden, ohne dass ein klares Endziel festgelegt worden wäre. Zweitens gab es starke nationale und internationale Widerstände gegen die brutale Kriegsführung in Vietnam und gegen das nukleare Wettrüsten. Als der Kriegs- bzw. Aufrüstungsprozess unablässig weiterging, wuchsen die Friedensbewegungen und immer mehr Menschen nahmen an gewaltfreien zivi-

len Aktionen gegen Krieg und politische Unterdrückung teil. Mit Unterstützung der Massenmedien gewannen sie die Oberhand. Durch das Zusammentreffen dieser Faktoren wurden die Haltungen der USA und anderer Regierungen hinterfragt und die Kriege mussten abgebrochen werden. Die Kraft des Friedens, die Gütekraft, war nun ausschlaggebend geworden.

Auch der „Krieg gegen den Terror“ wurde nach dem 11. September 2001 als unendliche Geschichte ausgerufen. Und der Widerstand gegen ihn wächst! Was wir jetzt brauchen sind Mediationsteams, die aus allen Bevölkerungsschichten zusammengesetzt sind und Terroristen und Staatsterroristen zum Dialog zusammenbringen, begleitet von friedliebenden Menschen, die alle Formen politischer Gewalt zurückweisen und ein Mitgefühl entwickeln für die Opfer von Terror und Krieg.

Literatur: Johan Galtung: Der 11. September 2001, in: Johan Galtung et al.: Neue Wege zum Frieden. Konflikte aus 45 Jahren: Diagnose, Prognose, Therapie, Minden 2003 (Bund für Soziale Verteidigung)

## Leserbrief: „Terroranschlag einer kleinen extremistischen Gruppe“?

Albert Fuchs

In Satz 2 der Einladung zur diesjährigen Jahrestagung zum Thema „Den Kreuzzug durchkreuzen“ heißt es zum 11.09.2001, „ein spektakulärer Terroranschlag einer kleinen extremistischen Gruppe aus dem Nahen und Mittleren Osten auf die USA“ habe rund 3.000 unmittelbare Opfer gekostet. Damit wird die offizielle Lesart zu Hintergrund und Durchführung der Terrorattacken vom 11.09. als kaum hinterfragbar unterstellt.

Seitdem jedoch in den USA von 2002 an Bürgerinitiativen eine unabhängige Untersuchung der Anschlagursachen und -folgen verlangten und zunächst erreichten, dass US-Senat und -Repräsentantenhaus eine Untersuchungskommission einrichteten, ist dieser „heiße Brei“ nicht wieder abgekühlt. Der im Juni 2004 veröffentlichte 9/11 Commission

Report wurde schon bald mit einem Omission Report kritisiert und repräsentative Umfragen ergaben hohe Zustimmungsraten für eine neue unabhängige Untersuchung. Inzwischen erhielten die in den „Leitmedien“ gerne undifferenziert als „Verschwörungstheoretiker“ diffamierten AnhängerInnen „alternativer Erklärungen“ mehr und mehr Zulauf und hat sich ein respektables 9/11 Truth Movement gebildet, mit Unterstützung renommierter Persönlichkeiten aus der akademischen Welt, aber auch von Überlebenden und Opfer-Angehörigen.

Hierzulande ist zumindest die veröffentlichte Meinung von der „offiziellen Verschwörungstheorie“ dominiert (s.o.!). Offene Fragen sehen und stellen kann bereits den Verdacht einbringen, AnhängerInnen der (einer) inoffiziellen Verschwö-

rungstheorie zu sein. Eine rühmliche Ausnahme ist der Bundesverwaltungsrichter Dieter Deiseroth mit einem FR-Beitrag (26.11.2009) und jüngst mit einem Hintergrund-Interview (04/2010). Professionsgemäß betont er die grund- und völkerrechtliche Problematik des „Antiterrorkriegs“ aufgrund des 11.09., skizziert in dem Hintergrund-Interview aber auch die Brüchigkeit der tatbestandlichen Grundlagen.

Meines Erachtens hat der BSV die Chance verpasst, diese Problemkomplexe auf die Agenda zu setzen. Ein „Kreuzzug“ kann doch kaum besser „durchkreuzt“ werden als durch Hinterfragen seiner tatbestandlichen und normativen Voraussetzungen. Hoffen wir, dass in Minden zumindest „am Rande“ Platz für solche Diskussionen bleibt.



# Nonviolent Peaceforce

## Neue Ausstellung erhältlich!

Stephan Brües

Die Nonviolent Peaceforce (NP) entsendet internationale Teams ausgebildeter ziviler Friedensfachkräfte in Konfliktgebiete. In Partnerschaft mit der Zivilgesellschaft vor Ort wenden die Einsatzteams erprobte gewaltfreie Strategien an, um Menschenrechte zu schützen, Gewalt zu verhindern und ein Umfeld zu schaffen, in dem lokale FriedensstifterInnen wirken können.

Wie sieht diese Arbeit genau aus? Was leisten die Friedensfachkräfte, wie sind die Reaktionen vor Ort? Welche Möglichkeiten der Mitarbeit gibt es?

Eine überarbeitete Version der NP-Ausstellung nähert sich diesen Fragen in Bildern und Texten. Sie stellt die Arbeit der NP dar und gibt einen Einblick in die Einsätze der NP-Friedensfachkräfte in verschiedenen Projektregionen.

Die Ausstellung besteht aus fünf Roll-up-Bannern zu je 80 x 200 cm und kann für 30 Euro (inkl. Zusendung) ausgeliehen werden.



Verfügbar ist außerdem eine Posterversion der Ausstellung in fünf DIN-A1-Plakaten, die gegen eine Schutzgebühr von 9 Euro (inkl. Versand) erworben werden kann.

Weitere Informationen und Bestellungen unter [info@soziale-verteidigung.de](mailto:info@soziale-verteidigung.de) oder 0571 29456.



## Neue Postkarte gegen Atomkraft

Im November beteiligte sich der BSV mit einer Delegation belarussischer AtomkraftgegnerInnen an den Blockaden gegen den Castor-Transport nach Gorleben. Die Postkarte mit der zentralen Forderung der Aktiven, die den Bau des ersten weißrussischen Atomkraftwerks verhindern wollen, kann kostenlos oder gegen Spende übers BSV-Büro bestellt werden.



## Neue Freiwillige in der Geschäftsstelle

Eliane Hartard (rechts) ist 19 Jahre alt und macht nach ihrem Abitur zur weiteren Orientierung von Oktober 2010 bis März 2011 ein Praktikum beim BSV. Der 24-jährige Palästinenser Hamdi Abu Rahma (Mitte) bleibt von Februar 2011 bis Januar 2012. Lea Schmidt (links), 17 Jahre alt, unterstützt den Verein drei Wochen lang im Rahmen eines Schülerpraktikums.

## Stand auf dem Evangelischen Kirchentag

Auch dieses Jahr wird der BSV auf dem Evangelischen Kirchentag vom 01. bis 04. Juni 2011 in Dresden auf dem Markt der Möglichkeiten vertreten sein. Unter dem Motto „Fantasie für den Frieden“, das Margot Käßmann geprägt hat,

hoffen wir auf zahlreiche BesucherInnen. Unser Stand ist im Marktbereich 3, unter dem Stichwort „Gewalt überwinden – Frieden schaffen“, am Volksfestplatz in der Pieschener Allee zu finden.

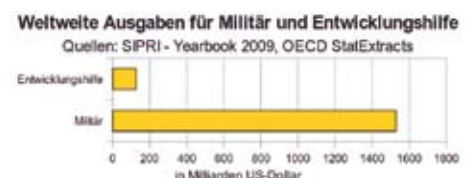
Wer uns schon immer kennen lernen wollte, Materialien einsehen oder einfach Aktive treffen will, ist herzlich eingeladen vorbeizuschauen.

Wir suchen noch dringend Übernachtungsmöglichkeiten in Dresden. Ebenfalls würden wir uns über Mithilfe bei der Standbetreuung sehr freuen. Unsere Geschäftsstelle nimmt jedes Angebot gerne entgegen.



## Was täten Sie mit 1.200.000.000.000 €?

Am 12. April präsentieren Gruppen aus aller Welt ihre Vorschläge für eine sinnvolle Verwendung der jährlich fürs Militär ausgegebenen Reichtümer. Als BSV bieten wir interessierten Gruppen oder Schulklassen deutschsprachiges Material und öffentlichkeitswirksame Aktionsideen an. Infos unter [www.demilitarize.org](http://www.demilitarize.org) und bei der BSV-Geschäftsstelle.



# Bundeswehr raus aus den Schulen!

## Initiativen gegen Rekrutierung im Bildungsgewand

Lea Schmidt

Vor mehr als 30 Jahren wurden mit dem Beutelsbacher Konsens fundamentale Grundsätze der politischen Bildung festgelegt. So fordert das Dokument, SchülerInnen nicht zu indoktrinieren, sondern die Kontroversität von Themen darzustellen und darüber hinaus eine Möglichkeit zu ihrer selbstständigen Beurteilung zu schaffen.

Verstärkt erleben wir nun die Unterwanderung dieser Grundsätze. Insbesondere im Zuge der Aussetzung der Wehrpflicht und dem damit einhergehenden erhöhten Rekrutierungsbedarf werden in einigen Bundesländern der Bundeswehr vertraglich gesicherte Privilegien, genannt „Kooperationsvereinbarungen“, etwa in Bezug auf die LehrerInnen-aus- und -fortbildung eingeräumt. Dies verschafft ihr einen leichten Zugang zu SchülerInnen und damit, gefördert auch durch die Anwesenheitspflicht derselben bei Bundeswehrveranstaltungen im Rahmen des Unterrichtes, ein weites Rekrutierungsfeld.

Zeitgleich formiert sich jedoch auf Bundes- und Länderebene eine starke Gegenbewegung von Menschen und Organisationen, die sich gegen den Einmarsch der Bundeswehr in Schulen und andere Jugendbereiche wehren und sich

für friedenspolitischen Unterricht einsetzen. Im Folgenden stellen wir einige der bundesweiten Initiativen vor.

- Für eine Stärkung der schulischen Friedenserziehung setzt sich das Gemeinschaftsprojekt Friedensbildung, Bundeswehr und Schule von AGDF und EAK ein. Es dient als Informationsstelle und betreibt bundesweit Öffentlichkeitsarbeit zum Thema. Unter [www.friedensdienst.de](http://www.friedensdienst.de) sind Hintergrundinformationen und ein umfangreicher Materialpool zu finden. Außerdem besteht die Möglichkeit einen Newsletter sowie ein kostenloses Informationsdossier unter [info@friedensbildung-schule.de](mailto:info@friedensbildung-schule.de) zu bestellen.
- Initiativen der DFG-VK und anderer Gruppen bieten ebenfalls Hintergrundinformationen, Links und Materialien, auch für den Schulunterricht. Hier finden sich die Seiten der drei länderbezogenen Kampagnen: [www.schulfrei-für-die-bundeswehr.de](http://www.schulfrei-für-die-bundeswehr.de) in Baden-Württemberg, [www.schulfrei-fuer-die-bundeswehr-rlp.de](http://www.schulfrei-fuer-die-bundeswehr-rlp.de) in Rheinland-Pfalz und bald auch [www.schule-ohne-bundeswehr.de](http://www.schule-ohne-bundeswehr.de) in Nordrhein-Westfalen.
- Einen Überblick über antimilitaristische Proteste in ganz Deutschland gibt



Panzer sind keine Spielzeuge - oder doch?

die Initiative Bundeswehr wegtreten unter [www.bundeswehr-wegtreten.org](http://www.bundeswehr-wegtreten.org). Interveniert wird zum Beispiel bei Rekrutierungsveranstaltungen, um das Streben der Bundeswehr nach gesellschaftlicher Akzeptanz und ihren Versuch der Selbstinszenierung einzudämmen.

- Gegen die Werbestrategien der Bundeswehr geht auch die Mitmachkampagne Kehrt Marsch vor. Auf der Website [www.kehrt-marsch.de](http://www.kehrt-marsch.de) findet man Termine der Werbeaktionen und Tipps, wie man ihnen erfolgreich entgegentreten kann.
- Auch die Kinderhilfsorganisation terre des hommes (tdh) bietet ein umfangreiches Repertoire zum Thema an ([www.tdh.de/schule-ohne-militaer](http://www.tdh.de/schule-ohne-militaer)). Im Schattenbericht Kindersoldaten 2011, den tdh in Kooperation mit der Kindernothilfe, Missio und Unicef in Auftrag gegeben hat, liegt der Schwerpunkt auf der Werbung und Rekrutierung der Bundeswehr in Schulen. Er kann heruntergeladen werden unter: [www.kindersoldaten.info](http://www.kindersoldaten.info)

## Herzlichen Glückwunsch Roland Vogt zum 70. Geburtstag

Ute Finckh

Roland Vogt war Mitbegründer und in den ersten vier Jahren Vorstandsmitglied des BSV, von 1991 bis 1993 als Vorsitzender. Er war maßgeblich daran beteiligt, den BSV nach dem Ende des Kalten Krieges neu zu orientieren. Beruflich setzte er die eine Hälfte des BSV-Mottos „Militär und Rüstung abschaffen“ nach der Wiedervereinigung sehr konkret um: Von 1991 bis 1993 arbeitete er als Leiter des Arbeitsstabes beim Bevollmächtigten des Ministerpräsidenten des Landes Brandenburg für den Abzug der sowjetischen Streitkräfte und für Konversion,



Roland Vogt 1989...



... und 2009

anschließend wurde er bis zur Pensionierung Referatsleiter für Konversion im Wirtschaftsministerium Brandenburg.

Auch für den zweiten Teil unseres Mottos „Konflikte gewaltfrei austragen“ hat Roland Vogt sich intensiv engagiert - in der Anti-AKW-Bewegung, in der Bürgerinitiative FREIe HEIDE und in der Diskussion um die Einführung des Zivilen Friedensdienstes.

Wir gratulieren ihm ganz herzlich zu seinem 70. Geburtstag.

Schwarzer Weg 8, 32423 Minden, Tel. 0571 29456, Fax 0571 23019  
info@soziale-verteidigung.de, www.soziale-verteidigung.de  
Spendenkonto Nr. 89420814, Sparkasse Minden, BLZ 49050101  
Redaktion und V.i.S.d.P. Björn Kunter, Gestaltung Kai-Uwe Dosch  
Druck art & image Minden, Auflage 6500, Erscheinungsweise vierteljährlich  
Redaktionsschluss der nächsten Ausgabe Mai 2011

## Mitmachen beim BSV

**Zur Zeit suchen wir noch Menschen, die sich ab März im neuen Vorstand engagieren wollen. Doch auch darüber hinaus brauchen wir immer Menschen, die sich mit ihren Ideen und Talenten tatkräftig in den BSV einbringen wollen, zum Beispiel in den Arbeitsgruppen:**

### AG Israel/Palästina/Irak (IPI-AG)

Die IPI-AG unterstützt lokale FriedensaktivistInnen. Durch einen palästinensischen Freiwilligen aus dem für seinen Widerstand bekannten Dorf Bil'in, wollen wir 2011 unsere Israel/Palästina-Arbeit und den Austausch mit palästinensischen AktivistInnen intensivieren. Im Irak arbeiten wir mit dem Netzwerk LaOnf („Nein zur Gewalt“), um hierzulande ein differenzierteres Bild des Landes und seiner Menschen zu vermitteln und gewaltfreie Alternativen bekannter zu machen. Auch wollen wir LaOnf unterstützen und Solidaritätsaktionen und Projekte organisieren.

### AG Nonviolent Peaceforce (NP)

NP ist eine internationale Friedensorganisation, die ausgebildete Friedensfachkräfte aus allen Erdteilen auf Einladung lokaler Gruppen in Krisengebiete schickt, um gewaltfrei Menschen(rechte) zu schützen und Versöhnungsprozesse zu unterstützen.

In Deutschland unterstützen der BSV und das Forum Ziviler Friedensdienst in einer gemeinsamen Arbeitsgruppe die Arbeit der Nonviolent Peaceforce. Wir organisieren die Öffentlichkeitsarbeit in Deutschland, begleiten die organisatorische Entwicklung von NP und die Arbeit in den aktuellen Projekten in Sri Lanka, auf den Philippinen und im Sudan. ([www.nonviolentpeaceforce.de](http://www.nonviolentpeaceforce.de))

### Institut für Friedensarbeit und Gewaltfreie Konfliktaustragung (IFGK)

Das IFGK ist ein gemeinnütziger Verein von Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern. Einige von uns betreiben Wissenschaft als Lebensunterhalt, andere zusätzlich zu ihrem Beruf. Allen gemeinsam ist, dass wir ein Katalysator sein wollen für Lernen, Verstehen und Handeln in Gewaltfreiheit. Wir sehen uns als Teil einer weltweiten Bewegung für soziale Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Lebensgrundlagen. ([www.ifgk.de](http://www.ifgk.de))

### Netzwerk Friedenssteuer

Die moderne Form der Kriegsdienstverweigerung ist die Militärsteuerweigerung. Das Netzwerk Friedenssteuer ist ein Kreis von ca. 250 Personen in Deutschland, vorwiegend aus der

Friedensbewegung, die aktiv am Friedenssteuerthema durch Mitarbeit, Spenden und wiederholte Interessenbekundungen beteiligt sind. In Berlin, Erfurt, Freiburg, München und Nürnberg gibt es Regionalgruppen. Das Netzwerk unterhält den gemeinnützigen Verein Netzwerk Friedenssteuer e.V. ([www.netzwerk-friedenssteuer.de](http://www.netzwerk-friedenssteuer.de)).

### AG Soziales Verteidigen

Die AG Soziales Verteidigen beschäftigt sich mit alternativen Formen des Wirtschaftens und Zusammenlebens und Konzepten der BürgerInnen-Beteiligung sowie der Frage wie diese sozialen Systeme gegen (neoliberale) Gefährdungen verteidigt werden können. Schwerpunktthema 2011 ist die Verteidigung der Daseinsfürsorge in kommunaler Hand bzw. ihre Re-Kommunalisierung. (Aktuelles Beispiel: Berliner Wasserwerke!). Wir wollen eine Exkursion unternehmen, gelungene Beispiele dokumentieren und die gewaltfreien Mittel der Aktionen untersuchen und kommentieren. In einem Workshop am Jahresende könnten wir die Arbeitsergebnisse zusammentragen und uns näher kennen lernen.

Name:

Org.:

Straße:

Ort:

Telefon:

E-Mail:

#### Ich bestelle:

- Exemplare des Infoblatts „Verhandlungen in Afghanistan“
- Exemplare der Postkarte „Nie wieder Tschernobyl“

#### Ich hätte gerne mehr Informationen zu:

- AG Israel/Palästina/Irak
- AG Nonviolent Peaceforce
- Institut für Friedensarbeit und Gewaltfreie Konfliktaustragung
- Netzwerk Friedenssteuer
- AG Soziales Verteidigen
- Vorstand
- Mitgliedschaft

#### Ich möchte gerne mitmachen bei:

- BSV-Stand auf dem Evangelischen Kirchentag
- Aktionstag gegen Militärausgaben am 12. April

Bitte mit  
45 Cent  
freimachen

An den  
**Bund für Soziale Verteidigung**  
Schwarzer Weg 8  
32423 Minden

oder per Fax an 0571 23019